

Schwarze Sheriffs für Grüne Gentechnik

Security bewacht Versuchsfläche – offenbar auf Staatskosten

Von Peter Berger

Borkenwirthe. Es sind zwei Welten, die am frühen Dienstagabend am Wirther Kirchweg zusammenprallen: die, die gegen den Anbau von gentechnisch verändertem Mais sind und die, die etwas gegen Genmais-Gegner haben.

„Sie müssen das Gelände verlassen“, sagt der junge Mann – schwarzes Sweatshirt, schwarze Trainingshose, schwarzes Basecap – zu den rund zehn Besuchern. Sie sind der Einladung der Grünen gefolgt und hatten sich über den grasüberwachsenen Zuweg zum Rand des Feldes begeben. Mit dabei: Johannes Rimmel, parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen-Landtagsfraktion. Zusammen mit der Kreisvorsitzenden Gertrud Welper entrollt Rimmel ein kleines Transparent, auf dem steht: „gentechnikfrei genießen“.

Der schwarze Mann und seine in gleicher Farbe gewandete Kollegin finden

das nicht gut. „Verlassen Sie das Gelände, das ganze Gelände. Das hier ist privat“, sagen die Beiden. Aber man schaue doch nur, mache nichts kaputt und sei ganz friedlich, wird ihnen entgegnet. Warum also diese einsilbige Strenge? „Wir dürfen Ihnen keine Auskunft geben“, lautet die karge Antwort. Auf Rimmels mehrfache Nachfrage zeigt die Frau dann kurz eine Plastikkarte her, die sie als Mitarbeiterin einer Security-Firma ausweist. „Sind Sie öfter hier?“, fragt ein Grüner.“ Der Angesprochene zuckt erst mit den Schultern. „Wir haben seit etlichen Wochen den Auftrag“, lässt sich der junge Mann entlocken.

Als sich die Genmais-Gegner nicht trollen wollen, zückt das Duo die Handys. „Ich rufe jetzt die Polizei“, sagt die Frau. Während er die Teilnehmer unterdessen mit dem Foto-Handy knipst. Langsam geht das Grüppchen zurück zum Wirther Kirchweg. Das

Duo folgt mit etwas Abstand. Von der Polizei ist noch nichts zu sehen. „Die sind zum Genmaisfeld vom vergangenen Jahr gefahren“, weiß ein Teilnehmer zu berichten.

Im Grünen-Büro an der Johann-Walling-Straße herrscht wenig später allgemeines Kopfschütteln über die, wie Rimmel sagt, „Phantome des Maisfeldes“. Das zeige nur, dass die Gentechnik-Verfechter „kein offenes Verhältnis zur Öffentlichkeit“ hätten. „In diesem Land bestimmt nicht der Umweltminister den Spielplan, sondern Monsanto.“ Rimmel kündigte neue parlamentarische Initiativen der NRW-Grünen an. Die Erklärung gentechnikfreier Zonen, städtischer Flächen oder Wochenmärkte sei symbolischer Natur. Rimmel räumte Schwierigkeiten bei der Mobilisierung der Bevölkerung ein. Grüne Gentechnik sei in NRW nur ein punktuell Thema, eben dort, wo sie – wie in Borken – praktiziert werde. Derzeit überlegten die Grünen, ob es rechtlich möglich sei, Vorrangflächen für gentechnikfreien Anbau auszuweisen – analog zu den Planungen vor einigen Jahren in Sachen Windkraft.

Wie BZ-Recherchen gestern ergaben, findet die Maisfeld-Überwachung in Borkenwirthe seit Monaten und dazu offenbar auf Staatskosten statt. „Auftraggeber ist das Bundessortenamt“, erklärte Monsanto-Sprecher Dr. Andreas Thierfelder. Die Behörde mit Sitz in Hannover lasse in Borkenwirthe Wertprüfungen sowohl konventioneller als auch gentechnisch veränderter Sorten



Sicherheitspersonal checkt die Lage.

durchführen. Die Sicherheitsleute seien etwa seit Mai vor Ort, so Thierfelder. Damals war der Streit um die Mindestabstände zu benachbarten Anbauflächen eskaliert.

Den Auftrag zur Überwachung hat die Firma WSS Corporate Security mit Sitz im rheinland-pfälzischen Kirchheim-Boland. Im Rund-um-die-Uhr-Dienst seien insgesamt zehn Mitarbeiter eingesetzt, erklärt WSS-Geschäftsführer Jörg Voigt. Das Wachpersonal habe die Aufgabe, „zu beobachten und präventiv tätig zu werden“. Monsanto-Sprecher Thierfelder hält das für dringend notwendig. Eine Reihe von Feldzerstörungen besonders in Ostdeutschland lehrten dies: Ein Ausfall „infolge von Fremdeinwirkungen“ würde die Züchtungsarbeit um fünf bis zehn Jahre zurückwerfen.

Für Thierfelder sind die Maispflanzen nicht nur Maispflanzen. „Da steht Hightech auf dem Feld.“

Einmal mehr beschäftigt sich die Polizei mit den Genmais-Gegnern. Man prüfe, ob ein Verstoß gegen

das Versammlungsrecht vorliege, erklärte Polizeipressesprecher Frank Rentmeister.

Kommentar

Bezahlt Steuerzahler Überwachungsaktion?

Genmais-Gegner sichern Arbeitsplätze

Muss ein spannender Job sein – ein Maisfeld bewachen und aufpassen, dass keine Pflanze abhaut beziehungsweise abgehauen wird. Was sein muss, muss sein, könnte man sagen. Aber: Security am Ackerrand, das ist ungefähr so passend wie mit Holzklumpen in die Großstadt-Disco zu wollen. Man mag den Saatzüchtern kurz vor der gewinnbringenden Ernte zugute halten, dass sie durch die Taten militanter Gentechnik-Geg-

ner andernorts alarmiert sind. Aber damit jeden Kritiker wie den Grünen-Politiker Rimmel, der sich vor Ort ein Bild machen will, unter Generalverdacht zu stellen, geht eindeutig zu weit. Zumal sich das örtliche Netzwerk wiederholt von solchen Gewaltakten distanziert hat. Natürlich darf man privaten Grund und Boden nicht so ohne weiteres betreten. Aber welcher Spaziergänger, Wanderer, Gassi-Geher, Nordic-Walker hat das

nicht auch schon mal getan – ungehindert. Sollten sich die Annahmen bestätigen, dass eine Bundesbehörde die aufwändige Überwachungsaktion finanziert, so wäre das der eigentliche Skandal. Der Steuerzahler legt bei der umstrittenen Gentechnik ungefragt Geld mit dazu. Einen bitteren Pluspunkt können die Gentechnik-Gegner verbuchen: Sie sichern Arbeitsplätze – in der Sicherheitsbranche.

Peter Berger